



„Nie wieder ist jetzt“ – Zivilgesellschaft fordert entschlossenes Handeln gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

Zum 87. Jahrestag der Reichspogromnacht rufen das „**Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin**“ und „**Brandenburg zeigt Haltung**“ die Öffentlichkeit dazu auf, sich aktiv und sichtbar gegen Antisemitismus zu stellen. Die Organisationen warnen angesichts steigender Fallzahlen vor einer bedrohlichen Normalisierung antisemitischer Gewalt und Hetze – und fordern konkrete Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens.

Antisemitische Vorfälle auf Rekordhoch

Die aktuellen Zahlen belegen den Ernst der Lage: Laut dem Jahresbericht von **RIAS Berlin** wurden im Jahr 2024 **2500 antisemitische Vorfälle** registriert – doppelt so viele wie im Vorjahr. Mehr als die Hälfte ereignete sich im öffentlichen Raum, im Nahverkehr oder an Bildungseinrichtungen. Auch in Brandenburg dokumentierte die zuständige Fachstelle einen deutlichen Anstieg: **484 antisemitische Vorfälle**, ein Zuwachs von **28 Prozent**. Antisemitische Übergriffe reichen von Beleidigungen über Drohungen und Sachbeschädigungen bis hin zu tätlichen Angriffen.

Viele der Vorfälle stehen **nicht im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt** – sie sind Ausdruck tief verwurzelter Ressentiments in der Gesellschaft. Studien wie die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 zeigen zudem, dass über 23 Prozent der Befragten in Deutschland antisemitische Stereotype teilen.

„Nie wieder“ braucht Taten – fünf zentrale Schritte

Die beteiligten Organisationen appellieren an Politik, Bildung, Medien und Gesellschaft, Antisemitismus nicht länger nur zu verurteilen, sondern wirksam zu bekämpfen. Ihre zentralen Forderungen:

- **Wirksamer Schutz jüdischen Lebens und entschlossene Strafverfolgung:** Staat und Kommunen müssen den Schutz jüdischer Einrichtungen dauerhaft sichern – durch ausreichende Sicherheitsmittel, konsequente Strafverfolgung antisemitischer Taten (auch im Netz) und verpflichtende Schulungen für Polizei und Justiz.
- **Bildung gegen Antisemitismus – von der Schule bis zur Erwachsenenbildung:** Antisemitismusprävention muss fester Bestandteil aller Lehrpläne werden. Schulen brauchen verbindliche Inhalte zu jüdischer Geschichte und Gegenwart, Lehrkräfte verpflichtende Fortbildungen, und die politische Bildung stabile Förderstrukturen.
- **Klare Haltung in Politik und Medien:** Antisemitismus darf nicht relativiert werden. Medien und politische Institutionen müssen antisemitische Aussagen und Stereotype klar benennen, vermeiden und Betroffenen solidarisch den Rücken stärken.
- **Gesellschaftliche Verantwortung und Zivilcourage im Alltag:** Antisemitismus zu widersprechen ist eine Pflicht für alle. Lokale Bündnisse, Vereine und Initiativen sollen gestärkt werden, um Menschen zum Handeln zu befähigen – im öffentlichen Raum wie im digitalen Alltag.
- **Förderung jüdischer Kultur und Sichtbarkeit:** Schutz heißt auch, jüdisches Leben sichtbar und lebendig zu machen. Das Bündnis fordert die Förderung jüdischer Kultur- und Bildungsprojekte, Unterstützung junger jüdischer Stimmen und Räume für Begegnung und Dialog.

Solidarität braucht Sichtbarkeit

Der 9. November steht für die Verantwortung, die aus der Geschichte erwächst. Die Organisationen in den Bündnissen mahnen: Wenn wir schweigen, wird das Unsagbare wieder sagbar – und schließlich normal. Dem gilt es, gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten.

Stimmen aus den Bündnissen

„Der 9. November bleibt Mahnung und Erinnerung: Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden in diesem Land, wir stehen auf, wo sie bedroht werden, wo man sie beleidigt, angreift, verdrängt oder in Angst setzt. Antisemitismus ist ein Verbrechen und lästert Gott. Es ist unsere Verantwortung, dass die Worte des Hasses nicht wieder mächtig werden in diesem Land. Wir erinnern und vergessen nicht. Das ist die Grundgeste des Glaubens an den einen Gott. Seid Menschen, hat Margot Friedländer uns zugerufen und aufgetragen. Seien wir das und stehen auf füreinander. Nie wieder ist jetzt und ist morgen.“ - **Bischof Dr. Christian Stäblein, Evangelische Kirche Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz**

„Fürchte Dich nicht, ich habe dich beim Namen gerufen!‘ (Jes 43,1). Gott hat einen jeden Menschen ‚beim Namen gerufen‘, er hat keine Nummern verteilt oder einfach nur durchgezählt. Ausgehend von den Rassegesetzen über die Novemberpogrome bis zu den tätowierten Nummern der KZ-Häftlinge haben die Nationalsozialisten sechs Millionen Jüdinnen und Juden nicht nur das Leben sondern auch ihre Würde und Einzigartigkeit entrissen. Das Gedenken daran drängt uns, aufzutreten gegen jede Form von Antisemitismus, überall da, wo jüdisches Leben bedroht, Jüdinnen und Juden ihre Würde geraubt wird und ihr Leben gefährdet ist.“ - **Erzbischof Dr. Heiner Koch, Erzbistum Berlin**

„Der vorhandene Antisemitismus über alle gesellschaftlichen Milieus hinweg ist mehr als ein Alarmsignal – er ist eine konkrete Bedrohung für unsere jüdischen Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde. Sich erinnern, heißt: Verantwortung in der Gegenwart zu übernehmen. Wir Gewerkschaften stehen daher in starken Bündnissen zusammen mit vielen Partnern für eine solidarische und demokratische Gesellschaft und stellen uns gegen jede Form von Antisemitismus.“ – **Katja Karger, Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg**

„Es ist erschütternd, dass Jüdinnen und Juden heute in Deutschland wieder in Angst leben müssen. Der 9. November mahnt uns: Geschichte darf sich nicht wiederholen. Jeder Angriff auf jüdische Einrichtungen oder Menschen ist ein Angriff auf das Herz unserer Gesellschaft. Wir alle müssen widersprechen. Überall, wo Antisemitismus auftaucht.“ - **Dr. Ursula Schoen, Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg**

„Wir gedachten jüngst Walter Rieck, Leiter einer weltlichen Schule, der vor rund 87 Jahren begann, Jüdinnen und Juden zu verstecken und zu schützen, wie z.B. die junge Inge Deutschkron. Dass dies in Deutschland nötig war, ist eine Schande, dass wir uns bei unseren jüdischen Mitbürger*innen einhaken eine Selbstverständlichkeit, damals wie heute. Hass auf eine ganze Gruppe von Menschen aufgrund ihrer Sicht auf die Welt, ist frei von Werten und letztlich eine Abscheulichkeit. Wir werden den Anstand und den würdevollen Blick auf den einzelnen Menschen wahren – damals, heute und in Zukunft.“ - **David Driese, Vorstand Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg K.d.ö.R.**

„Freiheit, Toleranz und Vielfalt gehören untrennbar zu Berlin und zur gesamten Hauptstadtregion. Das ist auch für die Wirtschaft ein wichtiges Pfund. Hinzu kommt unsere Verantwortung gegenüber der Geschichte. Solidarität gegenüber Jüdinnen und Juden und das Existenzrecht des Staates Israel sind deshalb für die Unternehmen nicht verhandelbar. Am 9. November ebenso wie an jedem anderen Tag des Jahres ist für uns klar, dass Ausgrenzung und Hass in unserer Gesellschaft nichts zu suchen haben. In unseren Betrieben stellen wir uns derartigen Tendenzen deutlich und entschieden entgegen.“ - **Andreas Schulz, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg**

"Antisemitismus - egal aus welcher Richtung und mit welcher Motivation - ist aufs Schärfste zu verurteilen. 80 Jahre nach der Zeit des Nationalsozialismus werden Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homofeindlichkeit immer aggressiver und öffentlicher zur Schau gestellt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent entgegenzutreten - ohne dabei Minderheiten gegeneinander auszuspielen." - **Ayşe Demir, Vorstandssprecherin Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.**

„Der 9. November erinnert uns daran, wohin Ausgrenzung, Hass und Wegsehen führen. Antisemitismus und Rassismus bedrohen nicht allein Jüdinnen und Juden, sondern die Grundlage unserer offenen und demokratischen Gesellschaft. Wir alle tragen Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen und für ein Berlin einzustehen, das offen, tolerant und solidarisch bleibt.“ - **Martin Hoyer, Geschäftsführer Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin**

„Antisemitismus ist ein Angriff auf die Menschenwürde und damit auf das Fundament unserer Gesellschaft. Als Caritas stehen wir an der Seite unserer jüdischen Geschwister und treten entschieden jeder Form von Hass, Ausgrenzung und Gewalt entgegen. ‚Nie wieder‘ darf keine leere Formel bleiben – es bedeutet, heute Verantwortung zu übernehmen: im Alltag, in unseren Einrichtungen und überall dort, wo Menschen angefeindet werden.“ - **Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V.**

„Die Zahlen antisemitischer Straf- und Gewalttaten steigen kontinuierlich an – und die Mehrheit nimmt diese Entwicklung schulterzuckend, gleichgültig zur Kenntnis. Diese Normalisierung von Judenhass ist ein Skandal und macht uns erst fassungslos, und dann wütend. Deshalb engagieren wir uns gegen jeden Antisemitismus, überall und mit klarer Haltung. Eine offene Gesellschaft darf Antisemitismus niemals verharmlosen, sondern muss ihn mit allen Mitteln bekämpfen: politisch ächten, juristisch verfolgen, präventiv vorbeugen. Immer solidarisch an der Seite derer, die von diesem über 2000 Jahre alten Hass heute betroffen sind.“ - **Sophia Oppermann und Rebecca Weis, Geschäftsführung Gesicht Zeigen!**

„Das ist leider auch eine Erfahrung an jedem 9. November, viel zu oft daran erinnern zu müssen: Wer Menschen auslädt, zu Boykott aufruft, auf den Straßen am lautesten Hassparolen schreit, Anderen ausschließlich die eigenen Narrative einer vermeintlichen Mehrheit aufdrängt und Religionen hierarchisiert, trägt nicht zu einem friedlichen Zusammenleben bei. Hass schadet der Seele! Wir können etwas anderes tun: wir widerstehen jeglichem Hass, lassen nicht nach, nach Lösungen zu suchen. Wir organisieren Räume, um in den Dialog zu kommen, Sprachbrücken zu bauen und so füreinander Empathie zu entwickeln. Das ermöglicht Solidarität und eine kritische Auseinandersetzung mit sich selbst und mit dem Mitmenschen gegenüber.“ - **Christian Hannasky, Vors. Gewerkschaft Kirche und Diakonie (GKD)**

„Seit 60 Jahren besteht der Austausch des Landessportbundes mit Jerusalem. Jugendliche besuchen sich gegenseitig. Sie begegnen sich, sie lernen voneinander, sie feiern miteinander, sie leben. Seite an Seite, im täglichen Gespräch, im respektvollen Miteinander. Bei den jüngsten Besuchen der Delegationen in Berlin schwang immer Sorge mit, war die furchtsame Frage „Können wir uns sicher

bewegen?“ wichtiger Bestandteil der Besprechungen. Und wie nie in den Jahrzehnten zuvor, wurde es immer schwieriger eine positive Antwort darauf zu finden. Dieses Zögern ist ein beschämendes Zeichen für unsere Gesellschaft. Dieses Zögern erfordert klares Handeln: sich bekennen für eine tolerante Gesellschaft, einzutreten für eine demokratische Gesellschaft, Haltung zu zeigen gegen Antisemitismus. In Wort und Tat. An 365 Tagen im Jahr – überall. Wir im Berliner Sport sind achtsam.“ - **Thomas Härtel, Präsident Landessportbund Berlin**

Michal Smorodinski, Leiterin der Fachstelle Antisemitismus Brandenburg: „2024 verzeichneten wir einen deutlichen Anstieg der Angriffe auf Gedenk- und Erinnerungsorte, besonders an zentralen Gedenktagen wie dem 9. November oder dem 27. Januar. Der 7. Oktober wirkte dabei wie ein Katalysator und befeuerte vorhandene Ressentiments. Antisemitismus tritt selten isoliert auf, sondern ist häufig Teil eines größeren Konstrukts gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zugleich nahmen antisemitische Vorfälle im öffentlichen Raum spürbar zu und beeinträchtigen die Bewegungsfreiheit sowie die Lebensqualität der Betroffenen massiv. Hier setzen wir an: Durch die Beratung von Betroffenen, die Dokumentation von Vorfällen und die Entwicklung von Präventions- und Bildungsangeboten tragen wir dazu bei, sogenannte ‚safer spaces‘ zu schaffen und Wissen, Handlungskompetenz sowie Zivilcourage in Bildung, Verwaltung und Gesellschaft zu stärken.“

Weitere Informationen & Quellen:

- RIAS Jahresbericht 2024:
[RIAS Bund Jahresbericht 2024 \(PDF\)](#)
- RIAS Berlin Jahresbericht 2024:
[RIAS Berlin Bericht 2024 \(PDF\)](#)
- Fachstelle Antisemitismus Brandenburg:
[Monitoringbericht 2024 \(PDF\)](#)
- Leipziger Autoritarismus-Studie 2024:
[Studie lesen](#)

- **Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin** www.berlin-weltoffen.de – Zusammenschluss von 26 Berliner Organisationen
- **Brandenburg zeigt Haltung** www.brandenburg-zeigt-haltung.de – Bündnis von 16 zivilgesellschaftlichen Akteuren in Brandenburg